

SPD Mülheim an der Ruhr, Unterbezirksparteitag 29.05.06
Rede des Vorsitzenden Frank Esser

Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: 29.05.06, 17:00 Uhr

Meine Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen.

„Stadtluft macht frei.“ Im Mittelalter war das einmal Gesetz - sogar die „Wartezeit“ auf die ersehnte Freiheit war klar festgelegt: Wer genau 1 Jahr und 6 Monate plus einen Tag in einer Stadt lebte, war kein Leibeigener mehr.

Stadt gleich Freiheit – Diese Gleichung war es, die den Mythos der Städte als Orte der Urbanität, der Toleranz, der Entwicklungschancen, der vielfältigen Kulturen und Lebensstile begründete.

Städte sind mehr als Ansammlungen vieler Menschen, Häuser, Fabriken, Straßen.

Städte stehen als Ort für kulturelle Entwicklung und Vielfalt, Lebensqualität, individuelle Freiheit, allgemeiner: für Demokratie, Fortschritt, gesellschaftliche Modernisierung, wirtschaftliche Dynamik und Innovation.

Funktionierende, prosperierende und vor allem sozial stabile Städte sind die Grundlagen für unsere Zukunft.

Anrede

Unser Land Nordrhein-Westfalen und vor allem das Ruhrgebiet ist das Land, die Region der Städte.

Städte sind auch Kristallisationskerne sozialer Konflikte.

In Städten kommt es von alters her darauf an, auf welcher „Seite der Straße“ man lebt: Ob auf der Sonnenseite, oder eben im Schatten sozialer Ausgrenzung, Teilhabeausschluss, an den Rand gedrängt.

Städte brauchen soziale Stabilität, damit sie als Heimat erlebt werden. Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokraten, unsere Städte zu Orten der sozialen Balance zu machen. Wir überlassen das nicht dem blinden Spiel der freien Kräfte.

Anrede

Wir leben hier in einem der größten Ballungsräume Europas.

Metropolregion Ruhr. Das ist der richtige Begriff.

Schaut man auf die aktuellen Wirtschafts- und Sozialdaten, sieht es für die Region im Vergleich mit anderen Regionen in Deutschland nicht gut aus.

Doch es wäre falsch sich von diesen Istzahlen blenden zu lassen.

Was wir im Revier geleistet haben – und mit Wir meine ich auch uns, die Sozialdemokratie – ist etwas wirklich Großes.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war das die Region einer absoluten Monostruktur, **die** Montanregion – Kohle und Stahl. Hier gab es keine Universität, hier war die geringste Dichte aller höheren Schulen. Und heute: Von Duisburg bis Dortmund reiht sich Uni an Uni, Fachhochschule an Fachhochschule, Forschungsinstitut an Forschungsinstitut.

Das sind unsere Leistungen, Genossinnen und Genossen.

Wir haben die Vision von Willy Brandt vom blauen Himmel über der Ruhr Wirklichkeit werden lassen. Diese Vision meinte ja nicht, aus Mülheim, Duisburg oder Bochum einen Luftkurort zu machen, wenngleich man bei uns an der Ruhr schon diesen Eindruck gewinnen kann.

Eines muss klar sein: Strukturwandel meint nicht, dass wir uns von industrieller Produktion trennen und zum reinen Dienstleistungsraum werden.

Dienstleistungen müssen bezahlt werden können. Und Geld verdient man nicht, wenn sich alle gegenseitig die Haare schneiden. Eine berühmte Formel von Klaus Matthiessen.

Deshalb – Genossinnen und Genossen - sage ich, um ein Beispiel zu nennen: Wer die Kohle im Revier platt machen will, versündigt sich am Standort NRW. Zu den knapp 35.000 Kumpeln kommen noch einmal rund 60.000 die in der Bergbau- und Fördertechnologie arbeiten.

Da sind wir Weltspitze, da sind wir seit Jahrzehnten Exportweltmeister, weil wir eben hier keine Blaupausenware verkaufen, sondern sich jeder die Förderhightech in der Praxis ansehen kann.

Nicht zu vergessen, das einer der wichtigsten Bergbauzulieferer, also Thyssen Schachbau, seinen Sitz in Mülheim hat.

Deshalb lautet rufe ich der Landesregierung zu: Hände weg vom Bergbau.

Anrede

Für uns in Mülheim galt bisher, dass alle EU-Fördergelder um unsere Stadt einen Bogen machten.

Wir waren halt nicht Ziel 2 – Gebiet.

Ab dem 1. Januar 2007 wird sich die Struktur der Förderkulisse komplett ändern. Geld kann dann auch nach Mülheim kommen. Darum müssen wir uns kümmern.

Unsere Fraktion wird in der allernächsten Zeit einen entsprechenden Antrag stellen. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, wie das Land sich verhält, denn die Mittel aus den Strukturfonds müssen kofinanziert werden.

Wer wie die Rüttgers-Regierung die NRW-Mittel im Haushalt streicht und die Kofinanzierung den Kommunen aufbürdet, handelt fahrlässig.

So kann das nicht gehen!

Welche Stadt im Revier kann unter Haushaltssicherung sich eine solche Kofinanzierung leisten? Keine.
Insofern fließen die EU-Mittel nicht mehr dorthin, wo sie nach Zielstellung hingehören. Wo sie dringend gebraucht werden.

Bis zum heutigen Tag hat uns übrigens Frau Thoben – wer sie nicht kennen sollte: sie ist die Wirtschaftsministerin des Landes – überdies nicht erklärt, wie die Mittel ab 2007 vergeben werden.

Ein unhaltbarer Schwebезustand.

Anrede

In unserer Region stecken ungeheure Potenziale.

Die Metropolregion Ruhr hat das Zeug zum Laboratorium der Moderne, zur Stätte des Fortschritts, zur Werkbank der Innovation werden. Das wollen wir.

Dafür steht die SPD, dafür arbeiten wir. Und ich sage selbstbewusst: Wir wissen, wie das geht, denn vieles ist schon erreicht – und das nicht in einem Jahr Jürgen Rüttgers.

Wir wissen, wie Umbau geht. Das haben wir 39 Jahre eindrucksvoll in diesem Land unter Beweis gestellt.

Wir wissen, wie Strukturwandel funktionieren muss.

Um ihn voran treiben zu können, bedarf es folgender eingehender auch selbstkritischer Analyse.

Anrede

Analyse heißt: Man muss sich die richtigen Fragen stellen. Das tun wir. Die NRWSPD ist dabei. 5 Leitbildgruppen tagen seit dem ersten Zukunftskonvent, der im November des letzten Jahres in Oberhausen stattfand.

Zentral für uns ist die Gruppe soziale Stadt. Da sind wir aus Mülheim zahlreich vertreten.

Geleitet wird diese Gruppe von Britta Altenkamp, stellvertretende Landesvorsitzende und Mitglied des Landtages. Britta wird heute das zentrale Referat halten.
Willkommen Britta.

Anrede

Zurück zur Analyse und den Fragen.

Vor wenigen Tagen habe ich an einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen.

Thema: Stadt der Zukunft – soziale Stadt.

Eine sehr gelungene und was noch schöner ist, eine sehr gut besuchte Veranstaltung.
Interessant waren die Themen der Arbeitsgruppen. Diese Überschriften markieren das Fragenfeld.

Sie regten zur Debatte an, weil sie zum Teil ebenso provokativ wie auch witzig waren. Deshalb will ich mich dieser Überschriften bedienen, um das Debattenfeld abzustecken.

„Multikulti – ausgeträumt“ – so das erste.

Lange haben wir geglaubt, dass Multikulti Klasse ist.
Lange waren wir überzeugt, dass Integration sich als Selbstläufer vollzieht. Das war falsch.

Die Hoffnung, dass die dritte Migrantengeneration gleichsam automatisch integriert sein würde, hat getrogen.

Im Gegenteil: Die Desintegration nimmt eher zu, die Kluft wird tiefer.
Dabei ist in städtischen Migrantenumilieus das soziale Kapital durchaus hoch.
Doch es ist sozusagen falsch „gepolt“.

Es dient dem inneren Zusammenhalt und nicht dem Brückenschlag zu anderen kulturellen und/oder ethnischen Milieus.
Schlicht gesprochen: Man bleibt unter sich.
Es bilden sich ethnisch-religiös abgegrenzte Ghettomilieus.
Die noch mobile Bevölkerung der Mehrheitsgesellschaft verlässt solche Wohnquartiere.

Zurück bleiben Arme und alte Menschen.

Wir erleben das heute zum Beispiel im Stadtteil Eppinghofen, in dem sich innerhalb von fünf Jahren 50% der Bevölkerung umwälzen.

Wir haben darauf reagiert, indem wir einen Stadtteilmanager forderten. In diesem Themenbereich gehört auch das zweite Thema: **„Ghettoisierung – Ende der Integration?“**

Aber nicht nur hier, auch in anderen Stadtteilen, auch in solchen wo wir es uns kaum vorstellen können, sind Tendenzen sichtbar geworden greifbar.

Integration meint ja nicht nur, um es stammtischhaft platt zu sagen, dass Türken wie Deutsche werden.

Nein, der Begriff der Integration muss viel weiter gefasst sein. Integration beschreibt den Kernkonflikt aller Sozialpolitik: Ausgrenzung oder Teilhabe.

Die Frage ist also: Was kann, was muss die Politik tun, damit Ausgrenzung vermieden wird, schon Ausgegrenzte wieder zu Teilhabenden werden.
Und: Was ist zu tun, damit Teilhabende nicht aus Angst vor drohender Ausgrenzung die Integration von Ausgegrenzten verweigern.

Ein weiteres Thema: „**Greisenhaus Ruhrgebiet – Chance und Risiko**“.

Der demografische Wandel vollzieht sich – unaufhaltsam.

Im Jahr 2015 werden in Mülheim rund 19.000 Menschen leben, die älter sind als 75. Und das bei einer Bevölkerung von unter 170.000. Anderen Städten im Revier geht es ähnlich. „Greisenhaus“ ist in der Tat provokativ, erinnert an Waisenhaus – und soll wohl auch daran erinnern.

Wir müssen gegensteuern. Das ist das erste.

Das haben wir getan.

Das 100-Häuser-Programm ist aufgelegt.

Es muss uns nicht nur gelingen, junge Familien in Mülheim zu halten. Nein wir wollen Einwohner gewinnen. Junge Familien nach Mülheim holen

Ich habe anlässlich des Neujahrsempfangs im Januar dieses Jahres angeregt, parteiübergreifend das Thema demografischer Wandel anzugehen.

Die Auftaktveranstaltung ist für den 26. Oktober bereits terminiert.

Zwei weitere Themen gehören in diesen Zusammenhang. Da ist zum einen:

„**Abenteuerspielplätze für Senioren? – Umbau der Infrastruktur.**“

Das meint nicht, dass jetzt die jungen Alten die Klettergerüste der Kleinen übernehmen müssen.

Die Frage meint: Wie sehen attraktive „Spielplätze“ – bitte im übertragenen Sinne verstehen – für Ältere aus? Haben wir da die richtigen Ideen?

Das Thema meint zum zweiten, dass wir bei Errichtungen von Infrastruktur die Mehrfachnutzung von Gebäuden zum Beispiel mitdenken müssen.

Das dritte Thema in diesem Kontext: „**Sozialer Kitt – Ältere werden gebraucht.**“

Recht lange, viel zu lange, haben wir Ältersein unter Defizitgesichtspunkten betrachtet.

Eine völlig falsche Perspektive. Das ist das eine.

Wichtiger aus meiner Sicht ist: In der älteren Generation steckt riesiges Sozialkapital, erzeugt durch Lebenserfahrung und Altersweisheit.

Man hat nach 60 Jahren schlicht mehr Überblick.

Das müssen wir nutzen, produktiv für das soziale Klima der Stadt einsetzen.

Ein weiteres Thema: „**Kein Talent geht verloren – Chancen durch Bildung.**“

Damit ist aus meiner Sicht **das** wohl entscheidende Zukunftsthema angesprochen.

Ich muss euch nichts über das Abschneiden Deutschlands bei den PISA-Untersuchungen sagen. Das wisst ihr alle. Erschreckt hat mich allerdings das Ergebnis der jüngsten Untersuchung. Vergleicht man die Chancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, landet Deutschland auf dem letzten Platz.

Die Schulversager von heute sind die Arbeitslosen von morgen. Das gilt für Migranten wie für Deutsche.

Wer keinen Schulabschluss hat, bekommt keine Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Er ist schon als Kind und Jugendlicher ausgegrenzt, kann also nicht teilhaben.

Ich weiß nicht, wie es euch geht.

Für mich steht fest: Das nehme ich nicht hin.

Wir lassen Talente auf der Strecke, die unser Land braucht. Wir treiben sehenden Auges Raubbau an unserer gemeinsamen Zukunft.

Eine volkswirtschaftliche Katastrophe.

Ein Teil dieses Systems, das Misserfolg produziert, ist für mich das gegliederte Schulsystem. Von den einen mit ideologischen Scheuklappen als sakrosankt erklärt, von uns lange Zeit zur Tabuzone.

Das hat sich gottseidank jetzt geändert.

Es ist mir völlig schleierhaft, wie man angesichts der PISA-Ergebnisse die Dreigliederung des Schulsystem weiter verteidigen kann.

In Schweden und Finnland machen über 60% der Schülerinnen und Schüler Abitur.

In NRW sind es nur 30%.

Damit sind wir in der Republik schon Spitze.

Schweden und Finnland, haben eine integrierte Schule.

Wir haben als SPD in Mülheim schon im Jahr 2004 ein Konzept für eine „neue Schule“ nach finnischem Modell vorgelegt.

Dafür haben wir viel Lob bekommen.

Und vom politischen Gegner den Vorwurf, wir wollten so was wie die sozialistische Einheitsschule.

Jetzt ist allen klar: So wie bisher geht´s nicht weiter.

Wer mit 10 Jahren Schüler in gute, weniger gute und schlechte teilt, macht alles falsch, was man nur falsch machen kann. Im gegliederten Schulsystem ist Chancengerechtigkeit nicht zu verwirklichen.

Wir wollen, dass kein Talent auf der Strecke bleibt. Wir stellen die Schulstrukturfrage, wir müssen sie stellen, wenn wir unsere Grundwerte ernst nehmen.

Ein letztes Thema und noch einmal ein Zitat aus dem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung: „**Lust auf Stadt machen.**“

Stadt ist wieder „in“.

Düsseldorf auch Dortmund profitieren bereits von der neu erwachten Lust auf Stadt, was bedeutet, dass Menschen wieder in die Stadt ziehen, sich attraktive urbane Wohnquartiere suchen.

Menschen suchen wieder Städtisches.

Deshalb gilt: Städte müssen leben, brauchen Inseln des pulsierendes Lebens.

Urbanes Leben findet seinen Ausdruck auch und bei weitem nicht zuletzt in der Kultur.

Der Kulturkalender der Metropolregion Ruhr ist nicht nur länger als der von Berlin, er ist auch attraktiver und qualitativ können wir locker mithalten.

Insofern ist es wahrlich ein Segen, dass Essen – und damit das ganze Revier, auch unser Mülheim – Kulturhauptstadt Europas 2010 sein wird.

Der Prozess bis dahin kann – ja, er muss – das Metropolbewusstsein wecken, es entwickeln. Dafür werden wir hart arbeiten. Kulturhauptstadt 2010 ist keine Essener Veranstaltung, sondern eine der Region von Unna bis Duisburg.

Anrede

Lust auf Stadt machen bedeutet, unsere Stadt attraktiv gestalten.

Gestaltung bedeutet Veränderung. Wir wollen in Mülheim ein sinnvolles und ehrgeiziges Projekt realisieren:

Ruhrbania. Dagegen gibt es Widerspruch, ja Widerstand. Das ist im Grunde ganz normal und, wenn der Widerspruch argumentativ daherkommt, durchaus fruchtbar. Wir Sozialdemokraten wissen, dass nicht die Ja-Sager die Geschichte voran bringen.

Ruhrbania ist nicht Häuser bauen an der Ruhr.
Es geht um mehr.

Es geht um Mehrwert – auch und nicht zuletzt sozialen Mehrwert – für unsere Stadt und damit auch für diese Region.

Die Umfrage, die die lokale NRZ gemacht hat, signalisiert uns, dass Ruhrbania nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt. Bemerkenswert für mich: Je jünger die Menschen sind, desto größer die Zustimmung.

Wir haben in Mülheim eine ziemlich einmalige Informationskampagne gestartet. Einmalig insofern, als SPD, CDU und FDP gemeinsam für eine Sache werben. Die Kampagne läuft jetzt seit knapp 4 Monaten und sie ist erfolgreich. Gleichwohl muss ich selbstkritisch sagen:

Wir hätten vor 2 Jahren damit beginnen müssen.

Doch besser spät als gar nicht. Und zu spät ist es keineswegs. Meine Erfahrung ist: Hätten wir die Informationskampagne vor einem Jahr gestartet, gäbe es nur die Hälfte an Ablehnung.

Wir haben es zu lange schleifen lassen, offensiv und argumentativ mit dem Thema nach außen zu gehen.

Deswegen drücken wir jetzt aufs Tempo. Dazu gehört auch, dass wir schnell eine gerichtliche Klärung brauchen, ob das Bürgerbegehren zulässig ist oder nicht.

Ich bin davon überzeugt das es nicht zulässig.
Aber wichtig ist das nicht wirklich.
Wichtig ist das die Menschen das Projekt tragen.
Und da sind wir wichtige Schritte weiter gekommen.

Anrede

Wir wollen voran. Handeln aus und mit sozialer Verantwortung ist dabei unsere Richtschnur.

Unsere Stadt, das Revier, unser Land wird dann und nur dann eine gute Perspektive haben, wenn wir das Geschäft der Entwicklung nicht dem Shareholder-Kapitalismus überlassen.

Kurt Beck hat in seiner Rede auf dem letzten Bundesparteitag gesagt, dass es keine Freiheit ohne Gerechtigkeit geben kann.

Sehr richtig! Die absolute Freiheit des Marktes schafft keine Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muss hergestellt werden.

Es gibt sie nicht umsonst oder so nebenbei.
Und ich schließe mich Kurt Beck ausdrücklich an, wenn ersagt, dass Gerechtigkeit nicht nur Chancengerechtigkeit bedeuten kann, nein, auch Verteilungsgerechtigkeit.

Insofern war die Forderung meiner Gewerkschaft, der IG Metall, von 5% nicht überzogen.
Und an die Adresse der IG-Metaller hier im Raum sage ich: Der Abschluss, den ihr zuwege gebracht habt, ist gut.
Er ist überdies ein weiterer Beweis, dass Gewerkschaften nicht die Betonfraktion sind, sondern überaus flexible Modernisierer.

Anrede

Das Motto „Jeder ist seines Glückes Schmied“ reicht uns nicht, es kann nicht genügen, wenn viele überhaupt keine Chance haben, in die Schmiede überhaupt Einlass zu finden.
Wir sprechen viel von vorsorgender Sozialpolitik, auch aktivierende Sozialpolitik genannt.

Das ist alles richtig.

Es entspricht unseren Grundwerten, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, allein aus sich heraus ihr Leben zu gestalten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Anrede

Soziales Kapital, den sozialen Kitt, der eine Stadtgesellschaft zusammenhält kann man nicht kaufen.
Er entsteht im schwierigen Prozess von Gemeinschaft. Solidarität ist durch Einsatz von Finanzressourcen nur sehr bedingt herzustellen.
Sie bildet sich in und durch erlebte Gemeinschaftsprozesse, also durch Erfahrung.

Wer gelernt dass der Spruch „wenn alle an sich denken an alle gedacht ist“ hohl und leer ist , wird die gute Erfahrung machen, dass solidarisches Verhalten sich auszahlt, ein Gewinn ist,.

Anrede

Wir sind nicht verzagt. Dazu besteht kein Anlass. Es zeichnet uns aus, dass wir kritisch sind, auch gegen uns selbst.

Heute und hier beginnt eine intensive Debatte über das, was notwendig ist. Wir führen sie ohne Scheuklappen und in dem Bewusstsein, dass die Probleme lösbar und unsere gemeinsame Zukunft gestaltbar ist.

Was wir wollen ist im allgemeinen Ziel klar: Wir wollen die solidarische Stadtgesellschaft. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sagen: Es ist toll hier zu leben.

Hier in Mülheim an der Ruhr, der Stadt am Fluss – und hier in der Metropolregion Ruhr.

Die programmatische Debatte beginnt heute.
Sie ist Teil eines großen Zusammenhangs.

Die Landes SPD debattiert über Leitbilder, auf Bundesebene steht die Diskussion eines neuen Grundsatzprogramms an, das im Herbst 2007 verabschiedet werden wird.

Ich lade alle ein, sich an dem Debattenprozess zu beteiligen. Heute geht's los. Weitere Veranstaltungen werden folgen.

Der Parteitag ist eröffnet.
Glückauf!